



Medien Kanton Bern

Bern, 29. April 2011

Medienmitteilung zum Aktionstag vom 3. Mai im Gesundheitswesen

Präventol - schützt das Personal!

Die Personalverbände im Gesundheitswesen warnen am 3. Mai 2011 an einem Aktionstag vor negativen Folgen der neuen Spitalfinanzierung. Am Morgen verteilt das Spitalpersonal den Pendlerinnen und Pendlern „Präventol“, ein „Medikament“, das bei Fallpauschalen gegen Lohn- und Qualitätsdumping wirkt. Am Mittag werden in den Spitälern Karten an Bundesrat Didier Burkhalter unterschrieben. Er wird aufgefordert, die Lohn- und Anstellungsbedingungen des Personals und die hohe Qualität im schweizerischen Gesundheitswesen zu schützen.

Am Dienstagmorgen früh werden Pendlerinnen und Pendlern, die die Züge an den grossen Bahnhöfen des Kantons Bern benutzen, von Pflegefachfrauen, ÄrztInnen und Therapiepersonal „Präventol“ verabreicht bekommen. Mit der Medikamentenschachtel soll die Bevölkerung sensibilisiert werden. Im Beipackzettel wird auf mögliche Nebenwirkungen der neuen Spitalfinanzierung aufmerksam gemacht. Es wird erläutert, warum es unbedingt flankierende Massnahmen braucht, um die Qualität für Patientinnen und Patienten und die Arbeitsbedingungen des Personals zu schützen.

2012 soll die neue Spitalfinanzierung mit Fallkostenpauschalen (SwissDRG) in Kraft treten. Das Gesundheitspersonal befürchtet, dass mit der schweizweiten Einführung der DRG der Kostendruck und damit der Druck auf Arbeitsbedingungen, Personaldotation, Löhne und Weiterbildung zunehmen wird. Im Kanton Bern wird bereits mit einem Vorläufermodell der Swiss DRG abgerechnet, und das hat bereits einen hohen Druck auf Löhne, Arbeitszeiten und Personaldotation ausgelöst. Bedroht sind nicht nur die Arbeitsbedingungen des Gesundheitspersonals, sondern der finanzielle Druck wirkt sich auch negativ auf das Wohl der Patientinnen und Patienten aus: Für eine gute Behandlung, Pflege, Betreuung, Therapie und Diagnostik wird die Zeit immer knapper und die Patientinnen und Patienten müssen das Spital so schnell wie möglich wieder verlassen.

Die Berufs- und Personalverbände im Gesundheitswesen, der Spitalverband H+ und die FMH haben zwar eine Erklärung unterzeichnet, die den Willen bekundet, gemeinsam für gute Versorgungsqualität und gute Arbeitsbedingungen einzustehen. Diese Erklärung genügt jedoch nicht, da sie rechtlich nicht verpflichtend ist. Es braucht weitere Massnahmen: Gefordert sind vor allem der Bundesrat und die kantonale Politik, die in den Gesetzen und Verordnungen verbindliche Regelungen zum Schutz des Personals und der Qualität erlassen müssen. Garantiert werden muss auch die Mitsprache der Personalverbände bei der Tariffestsetzung.

Sehr geehrte Medienschaffende, wir sind froh, wenn Sie unsere Mitteilung bereits in der Montagsausgabe vom 2. Mai 2011 in Ihrer Berichterstattung berücksichtigen können und danken Ihnen bestens!

Für weitere Auskünfte:

Sabine Weber, Leiterin Sozialpartnerpolitik SBK Bern, Tel. 079 654 64 40
Bettina Dauwalder, Gewerkschaftssekretärin VPOD Bern, Tel. 079 779 27 26
Rosmarie Glauser, Geschäftsführerin VSAO Bern, Tel. 079 688 86 57